

für Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark. Einschließlich Zustellungsgebühr. Der Bestellen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsdienstleistungen unter Angabe der Zeitung und des Adressanten. Für anverlangte eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der „Halle-Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsverteilung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1103 u. 1133, der Gesangs-Abteilung Nr. 1133.

# Halle-Zeitung

Funfundfünfzigster Jahrgang.

Die in gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark, Anzeigen nach dem Inhalt der Geschäftsstellen u. sämtlich Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12, Dr. Buchhändlerstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 28. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 222 1/2.

Nr. 348.

Halle, Donnerstag, den 28. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Ueber Danzig?

Dur Durchmarsch nach Oberschlesien.

er. In dem Streit um die französische Truppenverförmung für Oberschlesien ist merkwürdigerweise bisher weder in Paris noch in London offiziell die Frage erörtert worden, auf welchem Wege die neue Division befördert werden soll. Das Pariser Journal spricht von einer „unveränderten Haltung“ der deutschen Diplomatie, weil Dr. Nolens nach Recht und Vertrag verlangt, daß die Verklärung für Oberschlesien von allen drei Befehlshabern beschlossen werde. Wie wird die Pariser Boulevardpresse erst geteilt, wenn der Widerspruch der deutschen Eisenbahner gegen die Durchfuhr — es sind mindestens zehn lange Züge erforderlich — und sei es nur in Form polnischer Weisungen einleitet? Heftig, im Schoße der Briand'schen Regierung, ist der Fall ja schon vorgelegen. Marshall Foch hat den Antrag in der Laide, den Transport gegebenenfalls über Danzig zu leisten. Aber hat man sich am Quai d'Orsay gar keine Gedanken darüber gemacht, wie sich England zu dem Transport über Danzig stellt? Die britische Regierung, das hat der bisherige Verlauf des Konfliktes erwiesen, ist gegen die Auslieferung Oberschlesiens an eine französische, d. h. polenfreundliche Division. Das französische Ubergewicht mit seinen gar nicht auszumalenden Gefahren widerspricht den englischen Interessen. Noch viel größer aber wäre der Unmut in London, wenn der unüberlegbar vorhandene englische Einfluß in Danzig, der bereits energisch mit dem polnischen ringt, nun auch durch französische Auxiliäre gefährdet würde. Briand würde zwar seine ganze Verbarmtheit aufbieten, um dem Durchmarsch der Division als harmlos und vorübergehend darzustellen. Aber dem Spitzfindlich der englischen Diplomatie wird die Aufgabe nicht entgehen, daß Danzig für einige Zeit französische Etappe wird. Und hier liegt eine große Gefahr, nämlich die, daß die von Oberschlesien zurückkehrende Division, besonders wenn die Polen bei der Entscheidung über abgefeuert haben, versuchen wird, auch den Freiland Danzig den polnischen Freunden in die Hände zu spielen. Die Frage muß aufgeworfen werden: Wie stellt sich der Danziger Senat zu dem französischen Durchmarsch, und gibt es Präzedenzfälle? Setzenzeit, als die Hallertruppen Danzig besetzen wollten, gehörte die Stadt noch zu Deutschland, und die streikende Entente konnte in diesem Gebiet spalten und wanken, wie sie wollte. Heute ist Danzig ein internationaler Freiland, und seine Freiheit ist vom Völkerbund garantiert. Wenn man von diesem Völkerbund auch nicht viel hält, schon deswegen nicht, weil er ein Instrument der Entente ist, so müssen doch die einzelnen Großmächte die Formen wahren und mindestens zuerst um Erlaubnis fragen, wenn sie einen anerkannten Freiland zum Tummelplatz eines militärischen Manövers machen. Es handelt sich um ein neues heiliges Willkürrecht, und es dürfte von Wichtigkeit sein, was ein Danziger Politiker, der von Beruf Jurist ist, darüber zu sagen hat. Der Vizepräsident des Danziger Volkstages, Amtsgerichtsrat Dr. Koenig, hat das Problem untersucht und weist in einem Danziger Blatte (der Danziger Zeitung) darauf hin, daß die Entente schon einmal um Erlaubnis zum Durchmarsch von Militär durch Danziger Gebiet nachgesehen habe, nämlich als man beachtete, internationale Truppen nach Weina zu werfen, um dort eine gescheiterte Abtunung vorzunehmen. Damals sollte Danzig nicht nur den Ausschließungshafen für diese Truppen bilden, sondern es sollte gewissermaßen ein Etappenort für die Winzer-Truppen werden. Damals hat man richtig erkannt, daß ein fremder Durchmarsch die Selbstständigkeit Danzigs antastet und den Grundlag des Völkerbundes, Danzig dürfte kein militärischer Stützpunkt sein, verlegt. Der durch den Friedensvertrag den Danzinger verbleibende Schutz des Völkerbundes ist zwar keine Neutralitätserklärung, aber er kommt ihr nahe, und die Entente-Regierungen wollen das sehr wohl. Bisher ist für den Durchmarsch nach Oberschlesien keine Anfrage bei der freien Stadt Danzig eingegangen. Sollte es geschehen, so wird der Danziger Senat offensichtlich wissen, was er der heutigen völkerrechtlichen Stellung des Gebietes schuldig ist. Danzig darf nicht in den Strudel der internationalen Politik hineingezogen werden. Hier heißt es, wie Dr. Loening warnend schreibt, „sich wehren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Was in dem Weinaer Fall für gut befunden wurde, muß jetzt ebenfalls gelten. Was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Ist der Völkerbund, was manche allerdings behaupten, wirklich ein auf Recht und Gerechtigkeit aufgebaute Bund der Staaten, so kann er nicht zulassen, daß ein seinem Schutze unterstellter Staat in seinem Rechte getränkt wird.“ Wenn aber der Völkerbund verlegt und der Danziger Staat sich einschüchtern läßt? Dann ist es Sache der deutschen Bevölkerung Danzigs, gegen den Durchmarsch und gegen die Begünstigung der ober-schlesischen Schmach aufzutreten. Eine maßvolle Kundgebung wird den Erfolg nicht verfehlen.

## England warnt Frankreich.

Die englische Presse führt fort, den Zusammentritt des Obersten Rates am 4. August als abgemachte Sache zu behandeln. Die offizielle Presse warnt Frankreich erneut vor einer vorherzusehenden Entsendung von Truppen nach Oberschlesien und gibt zugleich zu verstehen, daß England dem Zusammentritt der Sachverständigenkommission keinerlei Bedeutung beimißt. Es wird mit der Möglichkeit eines ergebnislosen Verlaufs der Sitzung des Obersten Rates gerechnet, da

England daran festhält, daß das Industriegebiet Deutschland zufallen muß, während Frankreich es den Polen ungeteilt geben will. Italien scheint nun Fochs Teilungsidee endgültig aufgegeben zu haben.

## Frankreich gibt nicht nach.

Reuter erfährt aus französischer Quelle: Der französische Botschafter hat Lord Curzon mitgeteilt, daß die französische Regierung es für unmöglich halte, eine Sitzung des Obersten Rates einzuberufen, bevor die Frage der Truppenentsendung nach Oberschlesien geregelt sei. Lord Curzon nahm diese Erklärung zur Kenntnis, die dem Kabinett vorgelegt wird.

## Polen Mitglied der Kontrollkommission?

Der Kurier Wlowski will von Verhandlungen gehört haben, die zwischen den Alliierten und der polnischen Regierung wegen einer Beteiligung Polens an der Kontrollkommission des Generalis Mollet schweben. Nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages Artikel 203 sind die interalliierten Ueberwachungsorgane nur von den alliierten und assoziierten Hauptmächten zu ernennen. Polen hat nicht das geringste Recht, eine Teilnahme an einer solchen Kommission für sich zu beantragen. Sollte in der Tat ein solcher Antrag von welcher Seite gestellt worden sein und zu Verhandlungen geführt haben, so würde die französische Regierung genötigt sein, den allerjährlchen Widerspruch zu erheben.

## Das englische Ostseegeschwader in Danzig stationiert.

Aus Krefeld der englischen Marineoffiziere der in Danziger Hafen liegenden englischen Kriegsschiffe berichtet, daß das erste leichte Kreuzergeschwader der atlantischen Flotte, das sogenannte Ostseegeschwader, für die Dauer in der Dnieper stationiert sei. Der Kommandoschiff mit dem Flaggschiff soll in Danzig verbleiben.

## Deutsche Minensuchboote von Russen beschossen.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ aus Verboe berichtet, wurden beim Minensuchen in der Kolobucht die erste Halbflotte und das Flottillenboot der sechsten Flotte am 25. Juni von russischen Küstenposten beschossen, obwohl beim Führerboot ein Boot der russischen Küstenwache längs des Ufers lag. Als das zweite Boot ebenfalls das Feuer eröffnete, mußte es von deutscher Seite erwidert werden. Verwunde sind nicht zu beklagen.

Es liegt hier allem Anschein nach eine mißverständliche Auffassung der Tätigkeit der deutschen Minensuchboote bei den Russen vor. Von zukünftiger Stelle werden zweifellos Schritte eingeleitet werden, um das Mißverständnis aufzuklären.

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die „Basler Nachrichten“ melden aus Paris: Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sollen diese Woche wieder aufgenommen werden. Gegenwärtig beschäftigt man sich damit, die Protokolle über die bisher geführten Preisverhandlungen zu revidieren. Solange diese Arbeit nicht beendet ist, wird die französische und die deutsche Regierung das Abkommen nicht ratifizieren können. Nach dem „Welt Parisien“ bleiben selbst nach der Ratifikation in der Praxis noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Inzwischen überhandte die französische Regierung allen Alliierten ein Memorandum über den Verlauf dieser Preisverhandlungen. Dies geschah deshalb, weil sich die englische Regierung, in einer Note vom 16. Juli über diese wirtschaftlichen Verhandlungen äußerte. Sie führten darin aus, daß die deutsch-französischen Abmachungen es Frankreich gestatten würden, von Deutschland größere Leistungen zu erhalten, als im Londoner Ultimatum vorgelesen wurden, wodurch Deutschland zu sehr belastet werden könnte. Außerdem konnte sich Frankreich durch die Abmachungen eine Art Priorität über die Schulte Deutschlands sichern. Frankreich erwiderte auf diese englische Note, daß England selbst Frankreich geraten habe, sich mit Deutschland zu verständigen, und daß die getroffenen Vereinbarungen in keiner Weise irgendwelche Rechte der übrigen Alliierten beeinträchtigen würden.

## Eingriffe der englischen Besatzungsbehörde in den Kölner Buchdruckerstreik.

Von dem Streit der hiesigen Buchdrucker ist auch das Organ der englischen Besatzungsgruppen in Köln, die „Cologne Post“ betroffen worden, das augenblicklich nicht gedruckt werden kann. Der Bezirksbelegierte der internationalen Rheinlandskommission hat jetzt, wie das kommunistische Organ in Köln, die „Sozialistische Republik“ berichtet, den streikenden Arbeitern der „Cologne Post“ durch das Polizeipräsidium einen Befehl zugehen lassen, in dem diese aufgefordert werden, ihre Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Arbeiter der „Cologne Post“ weigern sich aber nach wie vor, die Arbeit zu ergreifen.

## Die russische Not.

Die entsetzliche Hungerkatastrophe, die Rußland bedroht, hat nach neueren Nachrichten überall im Lande Aufstände hervorgerufen. In Moskau waren die Unruhen so stark, daß der Belagerungszustand über die Stadt verhängt worden mußte. Dort hat übrigens eine allgemeine Versammlung der Sowjetautoritäten die Lage eingehend und den Regierungsentwurf gut geheißen, daß von jetzt ab mit allen Parteien gearbeitet werden solle, um Rußland vor dem Tode zu retten. Es scheint, daß zu der Hungersnot auch noch ein völliger Zusammenbruch der Brennstoffversorgung hinzutritt, die die Gesamtlage noch bedrohlicher macht. Umfassende Pläne zur Hilfeleistung des Auslandes werden entworfen. In Riga soll ein aus Vertretern aller Konfessionen und Nationalitäten zusammengesetztes Komitee als Bindeglied zwischen Moskau und der übrigen Welt dienen.

## Die Sowjetregierung im Druck.

Die Sowjetregierung bedauert die aus Westeuropa und Amerika eingeleitete Disaffektion für die Hungernden mit steigendem Mißtrauen. Hinsichtlich der Hoover'schen Vorschläge verläutet an untergeordneter Stelle, die Sowjetregierung sei mit der Freilassung der gefangenen Amerikaner einverstanden. Die von Hoover weiter geforderte Freizügigkeit und vollständige Autonomie für die Angestellten der amerikanischen Disaffektion ist ein heißer Punkt. Die Sowjetregierung befürchtet unvertretbar das Einbringen und erfolgreiche Arbeiten einer antibolschewistischen Propaganda und eine mögliche Gegenrevolution. In einem gestern erschienenen Aufsatz behauptet die Sowjetregierung, zum Jammern und Klagen sei kein Grund vorhanden. Die Entente in den Zentralregierungen der West- und Ukraine und die freiwilligen Fliehungen der Bauern seien ausreichend. Nach Privatnachrichten ist dies jedoch angesichts der trostlosen Herbstbestellung und infolge Mangels an Saatgetreide und Futtermittel in den kriegsbedingten das Wolgagebiet, früher die Kornammer Rußlands nunmehr als eine Wüste.

## Ein bestialisches Verbrechen marokkanischer Soldaten.

Als am 18. Juli ein Hilfsarbeiter eine Wirtschaft in Neuf verließ, wurde er von drei marokkanischen Soldaten angegriffen, die ihm Schokolade anbieten und sich ihm anerbieten wollten. Als die Schwarzen merkten, daß der Hilfsarbeiter auf nichts eingehen wollte, schlugen sie auf ihn ein und schleppten ihn ins Lager, wo sie stationiert waren. Dort verprügelten sie ihn, als er sich andauernd gegen ihre unbilligen Forderungen ablehnend wehrte, mit den Fäusten. Die beiden Soldaten, die das Verbrechen an ihm verübten, waren Unteroffiziere. Der dritte Soldat blieb als Aufpasser vor der Tür stehen. Nachdem sie den Arbeiter in der rohesten Weise mißhandelt hatten, warfen sie ihn auf ein Bett, rissen ihm die Kleider vom Leibe und mißbrauchten ihn in bestialischer und unnatürlicher Weise. Neben anderen Schädigungen erlitt der Mißhandelte eine Augenverletzung, die ihn zu längerer ärztlicher Behandlung zwang. Dieser Vorfall beweist wieder, wie wenig die farbigen Franzosen geeignet sind, als Besatzungstruppen im zivilisierten Europa verwendet zu werden.

## „Der große Betrug.“

Das Jüdische der „Süddeutschen Monatshefte“ stellt unter dem Titel „Der große Betrug“ alle Tatsachen zusammen, die dazu dienen können, die ungeheuerlichen Verleumdungen des deutschen Volkes zu entkräften, es habe den Krieg zielbewußt vorbereitet und dessen Ausbruch verhindert.

Professor Dr. Klemens Döcker kommt auf Grund der von ihm zusammengestellten Tatsachen zu dem Ergebnis, daß Deutschland den Weltkrieg nicht verurteilt, nicht gewollt und nicht herbeigeführt hat und daß es den Krieg als Verteidigungskrieg hat auf sich nehmen müssen. Als weiteres Beweismaterial der Schuldlosigkeit enthält das Heft 50 feindliche Zeugenaussagen, die ebenfalls die deutsche Regierung von der Anklage reinigen, daß sie den Krieg gewollt oder gewünscht habe. Ferner werden neue Urkunden veröffentlicht, die man dem Professor der Geschichte an der Universität München, Dr. Karl Alexander von Müller, verdankt. Es wird mitgeteilt, daß die Veröffentlichung des bezüglichen Gegenbandes Grafen Zerkow's vom 18. Juli 1914 (bisher Bericht wurde gegenstandslos als besonderer Beweis für die deutsche Schuld am Kriege ausgebaut) eine Fälschung war. Der Verheerendste Bericht stammt gar nicht vom Grafen Zerkow, sondern von einem jungen Geschichtsträger Hans von Schön und war außerdem verheimlicht und verfällicht.

Als weitere Dokumente enthält das Heft eine englische Verordnung über Kriegsgefangene, datiert vom 3. August 1914 — der deutsche Einmarsch in Belgien, auf der sich die Kriegserklärung Englands gründete, erfolgte erst am 4. August — ferner den Brief eines französischen Matrosen, aus dem hervorgeht, daß bereits am 31. Juli 1914 die französische Marine unter dem Kommando eines englischen Admirals land.

